

„Salam – Schalom – Frieden!“

Gegen Terror, Hass und Gewalt im Nahen Osten und in Rheinland-Pfalz!

Erklärung des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

*Die nachfolgende Erklärung des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis intensiver und teilweise kontroverser Diskussionen im Kreis der Sprecher*innen der Organisation. Sie wurden geführt im Wissen um die Komplexität des Nah-Ost-Konfliktes und im wechselseitigen Respekt für unterschiedliche Sichtweisen hierauf.*

*Geeint in der Verurteilung der terroristischen Morde und Geiselnahmen der Hamas am 7. Oktober 2023 und geeint in der Überzeugung, dass unterschiedliche Perspektiven auf die Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Nah-Ost-Konflikt das friedliche und respektvolle Zusammenleben in Rheinland-Pfalz nicht negativ beeinflussen dürfen, sind auch nach intensiver Diskussion Differenzen insbesondere im Hinblick auf die Bewertung des derzeitigen militärischen Agierens der israelischen Armee im Gaza-Streifen verblieben. Innerhalb des Sprecher*innenkreises spiegeln sich somit Kontroversen wider, die die derzeitige öffentliche Debatte auch in Rheinland-Pfalz prägen.*

*Wir haben uns dennoch für die Veröffentlichung der Erklärung entschieden und beschlossen, darin unterschiedliche Sichtweisen nicht auszublenden und zu übergehen, sondern an den entsprechenden Textstellen durch den Einschub „nach Ansicht einiger von uns“ deutlich zu machen. Im Gespräch zu bleiben, dabei Gegensätze und Differenzen respektvoll zu benennen und auszutragen, ohne die gemeinsam geteilten Positionen aus dem Blick zu verlieren, scheint uns innerhalb unserer Organisation und innerhalb der rheinland-pfälzischen Gesellschaft das Gebot der Stunde. Diesem Gebot der Stunde wollen wir mit unserer Erklärung „**Salam – Schalom – Frieden! - Gegen Terror, Hass und Gewalt im Nahen Osten und in Rheinland-Pfalz!**“ Folge leisten.*

Wir verurteilen die Morde und Geiselnahmen der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel und trauern um alle, die dieser terroristischen Gewalt zum Opfer gefallen sind. Wir fordern und hoffen auf die schnelle und gesunde Rückkehr der noch in der Gewalt der Hamas befindlichen Geiseln zu ihren Angehörigen und Freund*innen. Ebenso trauern wir um alle Menschen, die in der militärischen Auseinandersetzung im Gaza-Streifen seit dem 7. Oktober 2023 unverschuldet vertrieben oder verletzt wurden oder ums Leben gekommen sind.

Es gibt keine legitime Perspektive auf den Konflikt im Nahen Osten, der die Verbrechen des 7. Oktobers 2023 relativieren oder gar rechtfertigen könnte. Wir begrüßen es sehr, dass die islamischen Verbände in Rheinland-Pfalz diese Position mit uns teilen und dies durch öffentliche Erklärungen sehr deutlich gemacht haben.

Wir betonen ausdrücklich das Recht Israels, sich gegen die terroristischen Angriffe der Hamas angemessen zur Wehr zu setzen und weisen zugleich eindringlich darauf hin, dass das humanitäre Völkerrecht die Zivilbevölkerung in bewaffneten Auseinandersetzungen unter besonderen Schutz stellt, der von allen Konfliktparteien jederzeit zu beachten ist. Der Missbrauch ziviler Einrichtungen

wie Krankenhäuser, Schulen und religiöse Stätten für militärische Zwecke, die Einbehaltung israelischer Zivilist*innen als Geiseln und aus dem Gaza-Streifen heraus geführte Raketenangriffe auf israelische Städte und Dörfer sind eklatante Verstöße der Hamas gegen das humanitäre Völkerrecht.

Zugleich kann nach Ansicht einiger von uns die von der israelischen Regierung veranlasste Kriegsführung der israelischen Armee im Gaza-Streifen angesichts der vielen Toten und Verletzten in der palästinensischen Zivilbevölkerung und angesichts der nahezu völligen Abriegelung des Gaza-Streifens von humanitär notwendigen Versorgungsleistungen nicht bzw. nicht mehr als angemessen und verhältnismäßig bezeichnet werden, weil sie das humanitäre Völkerrecht eklatant verletzt.

Deshalb

- muss die Hamas die noch immer in ihrer Gewalt befindlichen Geiseln sofort freilassen und die andauernden Raketenangriffe auf israelische Städte und Orte, die die dortige Zivilbevölkerung bedrohen, sofort einstellen.
- muss die Versorgung des Gaza-Streifens mit Wasser, Lebensmitteln, Medizin und Strom zukünftig zu allen Zeiten gewährleistet sein. Dass dies derzeit nicht der Fall ist, verursacht immenses Leid unter der dortigen Zivilbevölkerung. Die beiden Konfliktparteien sind aufgefordert, umfassende humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung des Gaza-Streifens zu ermöglichen statt zu unterbinden oder zu behindern. Innerhalb und außerhalb des unmittelbaren Kriegsgebietes sind sichere Orte zu schaffen, auszuweisen und zu kommunizieren, die für die Zivilbevölkerung erreichbar sind. Hierzu bedarf es Zeiten, in denen beide Kriegsparteien die Waffen schweigen lassen.
- bedarf es nach Ansicht einiger von uns weitergehend eines sofortigen, umfassenden und dauerhaften Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien.

Wir hoffen auf ein schnelles Ende der Gewalt und einen dauerhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten. In den letzten Jahren waren viele Verhaltensweisen derer, die derzeit die Geschicke von Israelis und Palästinenser*innen in ihren Händen halten, nicht dazu geeignet, diesem Ziel näher zu kommen.

2

Hierzu gehören die Unterdrückung freier und demokratischer Wahlen durch die Machthaber*innen in den palästinensischen Autonomiegebieten und Anschläge auf Zivilist*innen auf israelischem Staatsgebiet ebenso wie die Siedlungspolitik der israelischen Regierung im Westjordanland und die dort weiter andauernden gewaltsamen Übergriffe der Siedlerbewegung, die von der israelischen Regierung geduldet, nach Ansicht eines Teils von uns sogar aktiv gefördert werden.

Ein dauerhafter und gerechter Frieden im Nahen Osten kann nur durch die wechselseitige Anerkennung der berechtigten Interessen von Israelis und Palästinenser*innen nach einem Leben in Sicherheit und Würde erreicht werden. Wir unterstützen deshalb alle Personen und begrüßen alle Initiativen, die dem Ziel einer friedlichen Koexistenz von Israelis und Palästinenser*innen in zwei gleichberechtigten, demokratischen und den Menschenrechten verpflichteten staatlichen Gemeinwesen verpflichtet sind.

In Rheinland-Pfalz leben derzeit Menschen aus über 150 Nationen, darunter ca. 200.000 Muslim*innen und mehr als 3.000 Jüdinnen und Juden, seit Jahrzehnten friedlich und respektvoll zusammen. Uns ist bewusst, dass

- individuelle und kollektive Sozialisationen, Erfahrungen, Wissensbestände und Emotionen in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zu unterschiedlichen Perspektiven auf den Konflikt im Nahen Osten führen;
- sich viele jüdische und muslimische Rheinland-Pfälzer*innen um Angehörige oder Freund*innen sorgen, die in Israel, dem Gaza-Streifen oder dem Westjordanland derzeit

Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sind. Viele haben Vertriebene oder Verletzte zu beklagen oder nahe stehende Menschen bereits verloren;

- der Konflikt im Nahen Osten in Rheinland-Pfalz keine Lösung finden kann, auch wenn er viele Rheinland-Pfälzer*innen bewegt und betrifft.

Umso wichtiger ist es jetzt, das friedliche und respektvolle Miteinander vor Ort in Rheinland-Pfalz aufrecht zu erhalten. Dabei können wir auf die vielen Dialog- und Kooperationsstrukturen zurückgreifen, die in den letzten Jahrzehnten beharrlich entwickelt wurden und wechselseitiges Vertrauen geschaffen haben. Sie gilt es gerade in schwieriger Zeit zu bewahren.

Wir sind der festen Überzeugung, dass

- die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit Raum für den öffentlichen Streit und für öffentlich formulierte kontroverse Ansichten über die Ursachen und Verantwortlichkeiten des Nah-Ost-Konflikts lassen müssen, die friedlich und in gegenseitigem Respekt auszutragen und auszuhalten sind. Wer das Selbstverteidigungsrecht Israels unter Wahrung des Völkerrechts betont, stellt sich nicht gegen alle Muslim*innen oder Palästinenser*innen. Und wer sich für die Zivilist*innen in Gaza einsetzt oder eine kritische Haltung gegenüber der israelischen Regierung einnimmt, ist deshalb längst noch kein*e Antisemit*in.
- die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit keinen Raum lassen dürfen für Beleidigungen und Gewaltaufrufe, für das Diffamieren von religiösen oder staatlichen Symbolen, für Angriffe auf religiöse Einrichtungen oder für Gewalt gegen Menschen.

Bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz sind die Auswirkungen des Konflikts im Nahen Osten spürbar. Sie zeigen sich sowohl in einem Anstieg antisemitischer und antimuslimischer Straf- und Gewalttaten als auch im Anwachsen antisemitischer und antimuslimischer Ressentiments. Jüdinnen und Juden erfahren derzeit physische und verbale Angriffe in einer seit 1945 nicht mehr gekannten Offenheit und Brutalität. Zugleich erfahren auch viele Muslim*innen derzeit vermehrte physische und verbale Anfeindungen: Auch wenn sie Terror, Krieg und Fundamentalismus ablehnen, werden sie pauschal in Verantwortung für Terror und Hass genommen. Gegen diese bedenklichen Entwicklungen müssen die Vielen, die an einem Fortbestand des friedlichen und respektvollen Miteinanders in Rheinland-Pfalz interessiert sind, gemeinsam vorgehen.

3

Wir rufen deshalb eindringlich dazu auf,

- jüdische und muslimische Rheinland-Pfälzer*innen in der öffentlichen Debatte nicht für die Gewalt im Nahen Osten in Haftung zu nehmen;
- sich in Kontroversen über die Ursachen und Folgen dieser Gewalt respektvoll zu begegnen und dabei auf antisemitische und antimuslimische Stereotype und Zuschreibungen zu verzichten und
- unterschiedliche Perspektiven auf den Konflikt im Nahen Osten nicht dazu zu missbrauchen, „den einen“ oder „den anderen“ ihre Zugehörigkeit zu und ihre Beheimatung in Rheinland-Pfalz abzusprechen.

Mainz, den 18. Dezember 2023